

HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

HmbGVBl. Nr. 34		DIENSTAG, DEN 1. OKTOBER	2019
Tag	Inhalt	Seite	
18. 9. 2019	Hamburgisches Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2019/2020/2021 <small>neu: 2032-10f, 2032-1, 2030-4, 2032-1a, 2032-1-5, 2032-1-6, 2030-1-80</small>	285	
18. 9. 2019	Gesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz <small>neu: 96-15</small>	319	
18. 9. 2019	Siebtes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Juristenausbildungsgesetzes <small>3011-1</small>	322	

Angaben unter dem Vorschriftentitel beziehen sich auf die Gliederungsnummern in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg.

Hamburgisches Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2019/2020/2021

Vom 18. September 2019

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

Artikel 1 Hamburgisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungs- gesetz 2019/2020/2021 (HmbBVAnpG 2019/2020/2021)

§ 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für

1. die Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg,
2. die Richterinnen und Richter der Freien und Hansestadt Hamburg,
3. die Beamtinnen und Beamten der der Aufsicht der Freien und Hansestadt Hamburg unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,
4. die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, denen laufende Versorgungsbezüge zustehen, die die Freie und Hansestadt Hamburg oder eine der Aufsicht der

Freien und Hansestadt Hamburg unterstehende Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts zu tragen hat.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für

1. die ehrenamtlichen Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg,
2. die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Freien und Hansestadt Hamburg,
3. die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihre Verbände.

§ 2

Erhöhung der Dienstbezüge und sonstigen Bezüge
ab dem 1. Januar 2019

Ab dem 1. Januar 2019 werden um 3,0 vom Hundert erhöht

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5,

3. die Amtszulagen sowie die allgemeinen Stellszulagen nach § 48 des Hamburgischen Besoldungsgesetzes (HmbBesG) vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert am 18. Juli 2017 (HmbGVBl. S. 214),
4. die Leistungsbezüge nach § 32 HmbBesG, die Grundleistungsbezüge nach § 33 HmbBesG und der Gesamtbetrag der nach § 38 Absatz 2 Satz 4 HmbBesG für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge,
5. die Beträge zu § 4 Absätze 1 und 2 der Hamburgischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung (HmbMVergVO) vom 8. Mai 2012 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 18. Juli 2017 (HmbGVBl. S. 191, 195),
6. der Betrag zu § 4 Absatz 1 Nummer 1 der Hamburgischen Erschwerniszulagenverordnung (HmbEZulVO) vom 23. Juli 2013 (HmbGVBl. S. 340), zuletzt geändert am 11. Juni 2019 (HmbGVBl. S. 197).

Die Anwärtergrundbeträge werden ab dem 1. Januar 2019 um 50 Euro erhöht.

§ 3

Anpassung von Bezügen nach fortgeltendem Recht

Die Erhöhung nach § 2 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 - b) der nach § 80 HmbBesG künftig wegfallenden Ämter,
2. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
3. die Grundgehaltssätze der gemäß § 41 Absatz 1 HmbBesG fortgeltenden Bundesbesoldungsordnung C gemäß Anlage IV in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung mit den am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Beträgen (Anlage X HmbBesG),
4. die
 - a) in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nummern 1 und 2 gemäß Anlage II in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes mit den am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Beträgen sowie
 - b) allgemeine Stellszulage nach Vorbemerkung Nummer 2b gemäß Anlage II in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes mit dem am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Betrag (Anlage X HmbBesG).

§ 4

Erhöhung der Versorgungsbezüge
ab dem 1. Januar 2019

Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach § 2 entsprechend für die in den §§ 2 und 3 genannten Bezügebestandteile, sofern sie der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge zugrunde liegen.

§ 5

Erhöhung der Dienstbezüge und sonstigen Bezüge
ab dem 1. Januar 2020

Ab dem 1. Januar 2020 werden mit den sich aus den §§ 2 und 3 ergebenden Beträgen um 3,2 vom Hundert erhöht

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5,
3. die Amtszulagen sowie die allgemeinen Stellszulagen nach § 48 HmbBesG,
4. die Leistungsbezüge nach § 32 HmbBesG, die Grundleistungsbezüge nach § 33 HmbBesG und der Gesamtbetrag der nach § 38 Absatz 2 Satz 4 HmbBesG für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge,
5. die Beträge nach § 4 Absätze 1 und 2 HmbMVergVO sowie
6. die Beträge nach § 4 Absatz 1 Nummer 1, § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 2 sowie § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 2 HmbEZulVO.

Die sich nach Anwendung des § 2 Satz 2 ergebenden Anwärtergrundbeträge werden ab dem 1. Januar 2020 um 50 Euro erhöht. Für die in § 3 genannten Dienst- und sonstigen Bezüge gilt Satz 1 entsprechend.

§ 6

Erhöhung der Versorgungsbezüge
ab dem 1. Januar 2020

Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach § 5 entsprechend für die in den §§ 2 und 3 genannten Bezügebestandteile, sofern sie der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge zugrunde liegen.

§ 7

Erhöhung der Dienstbezüge und sonstigen Bezüge
ab dem 1. Januar 2021

Ab dem 1. Januar 2021 werden mit den sich aus § 5 ergebenden Beträgen um 1,4 vom Hundert erhöht

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5,
3. die Amtszulagen sowie die allgemeinen Stellszulagen nach § 48 HmbBesG,
4. die Leistungsbezüge nach § 32 HmbBesG, die Grundleistungsbezüge nach § 33 HmbBesG und der Gesamtbetrag der nach § 38 Absatz 2 Satz 4 HmbBesG für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge,
5. die Beträge nach § 4 Absätze 1 und 2 HmbMVergVO sowie
6. die Beträge nach § 4 Absatz 1 Nummer 1, § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 2 sowie § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 2 HmbEZulVO.

Für die in § 3 genannten Dienst- und sonstigen Bezüge gilt Satz 1 entsprechend.

§ 8

Erhöhung der Versorgungsbezüge
ab dem 1. Januar 2021

Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach § 7 entsprechend für die in den §§ 2 und 3 genannten Bezügebestandteile, sofern sie der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge zugrunde liegen.

Artikel 2

Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes

Die Anlagen VI bis X des Hamburgischen Besoldungsgesetzes vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert am 18. Juli 2017 (HmbGVBl. S. 214), erhalten die aus Anlage 1 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 3

Weitere Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes

Das Hamburgische Besoldungsgesetz vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert durch Artikel 2 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. Die Anlagen VI bis X erhalten die aus Anlage 2 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.
2. In der neu gefassten Anlage IX wird im Eintrag „§ 52 (Zulage in der Steuerverwaltung) Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte“ der Betrag „38,35“ durch den Betrag „76,00“ ersetzt.“

Artikel 4

Weitere Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes

Das Hamburgische Besoldungsgesetz vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23), zuletzt geändert durch Artikel 3 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. Die Anlagen VI bis X erhalten die aus Anlage 3 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.
2. In der neu gefassten Anlage IX wird im Eintrag „§ 52 (Zulage in der Steuerverwaltung) Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte“ der Betrag „38,35“ durch den Betrag „76,00“ ersetzt.“

Artikel 5

Änderung des Hamburgischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Hamburgische Beamtenversorgungsgesetz vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23, 72), zuletzt geändert am 18. Juli 2017 (HmbGVBl. S. 191, 194), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird hinter dem Eintrag zu § 51 der Eintrag „§ 51a Meldung von Dienstunfalldaten an Eurostat“ eingefügt.
2. In § 5 Absatz 1 Satz 1 wird der Betrag „135,41 Euro“ durch den Betrag „139,47 Euro“ und der Betrag „96,71 Euro“ durch den Betrag „99,61 Euro“ ersetzt.
3. Hinter § 51 wird folgender § 51a eingefügt:

„§ 51a

Meldung von Dienstunfalldaten an Eurostat

(1) Die meldepflichtigen Daten über Dienstunfälle von Beamtinnen und Beamten im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 349/2011 der Kommission vom 11. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz betreffend Statistiken über Arbeitsunfälle (ABl. EU Nr. L 97 S. 3) werden an die Unfallkasse Nord gemeldet. Die Unfallkasse Nord übernimmt die Weiterleitung.

(2) Der Unfallkasse Nord sind alle durch die Aufgabenwahrnehmung entstehenden Kosten zu erstatten. Das Nähere zur Aufgabenwahrnehmung und Kostenerstattung wird durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt.“

4. § 56 wird wie folgt geändert:

4.1 In Absatz 4 wird der Betrag „2,67 Euro“ durch den Betrag „2,75 Euro“ ersetzt.

4.2 Absatz 6 wird wie folgt geändert:

4.2.1 In Nummer 1 wird der Betrag „0,90 Euro“ durch den Betrag „0,93 Euro“ ersetzt.

4.2.2 In Nummer 2 wird der Betrag „0,66 Euro“ durch den Betrag „0,68 Euro“ ersetzt.

5. § 57 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

5.1 In Nummer 1 wird der Betrag „1,76 Euro“ durch den Betrag „1,81 Euro“ ersetzt.

5.2 In Nummer 2 wird der Betrag „0,90 Euro“ durch den Betrag „0,93 Euro“ ersetzt.

6. § 58 wird wie folgt geändert:
 6.1 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 6.1.1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
 „Die Höhe des Pflegezuschlags beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege

einer pflegebedürftigen Person des	wenn die zu pflegende Person		
	a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 des Elften Buches Sozialgesetzbuch bezieht:	b) Kombinationsleistungen nach § 38 des Elften Buches Sozialgesetzbuch bezieht:	c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 des Elften Buches Sozialgesetzbuch bezieht:
1. Pflegegrades 5 nach § 15 Absatz 3 Satz 4 Nummer 5 des Elften Buches Sozialgesetzbuch,	2,75 Euro	2,34 Euro	1,92 Euro
2. Pflegegrades 4 nach § 15 Absatz 3 Satz 4 Nummer 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch,	1,92 Euro	1,64 Euro	1,34 Euro
3. Pflegegrades 3 nach § 15 Absatz 3 Satz 4 Nummer 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch,	1,17 Euro	1,01 Euro	0,82 Euro
4. Pflegegrades 2 nach § 15 Absatz 3 Satz 4 Nummer 2 des Elften Buches Sozialgesetzbuch,	0,74 Euro	0,63 Euro	0,52 Euro.“

- 6.1.2 In Satz 3 wird der Betrag „2,56 Euro“ durch den Betrag „2,75 Euro“ ersetzt.
- 6.2 In Absatz 3 Satz 3 wird der Betrag „0,90 Euro“ durch den Betrag „0,93 Euro“ ersetzt.
7. In § 61 Absatz 2a Satz 1 wird der Betrag „48,07 Euro“ durch den Betrag „49,51 Euro“ ersetzt.
8. In § 89a Absatz 1 Satz 1 wird die Textstelle „bis zum 31. Dezember 2019“ gestrichen.
1. In § 5 Absatz 1 Satz 1 wird der Betrag „139,47 Euro“ durch den Betrag „143,93 Euro“ und der Betrag „99,61 Euro“ durch den Betrag „102,80 Euro“ ersetzt.
2. § 56 wird wie folgt geändert:
- 2.1 In Absatz 4 wird der Betrag „2,75 Euro“ durch den Betrag „2,84 Euro“ ersetzt.
- 2.2 Absatz 6 wird wie folgt geändert:
- 2.2.1 In Nummer 1 wird der Betrag „0,93 Euro“ durch den Betrag „0,96 Euro“ ersetzt.
- 2.2.2 In Nummer 2 wird der Betrag „0,68 Euro“ durch den Betrag „0,70 Euro“ ersetzt.
3. § 57 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- 3.1 In Nummer 1 wird der Betrag „1,81 Euro“ durch den Betrag „1,87 Euro“ ersetzt.
- 3.2 In Nummer 2 wird der Betrag „0,93 Euro“ durch den Betrag „0,96 Euro“ ersetzt.

Artikel 6

Weitere Änderung des Hamburgischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Hamburgische Beamtenversorgungsgesetz vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23, 72), zuletzt geändert durch Artikel 5 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

4. § 58 wird wie folgt geändert:
 4.1 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 4.1.1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
 „Die Höhe des Pflegezuschlags beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege

einer pflegebedürftigen Person des	wenn die zu pflegende Person		
	a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 des Elften Buches Sozialgesetzbuch bezieht:	b) Kombinationsleistungen nach § 38 des Elften Buches Sozialgesetzbuch bezieht:	c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 des Elften Buches Sozialgesetzbuch bezieht:
1. Pflegegrades 5 nach § 15 Absatz 3 Satz 4 Nummer 5 des Elften Buches Sozialgesetzbuch,	2,84 Euro	2,41 Euro	1,98 Euro
2. Pflegegrades 4 nach § 15 Absatz 3 Satz 4 Nummer 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch,	1,98 Euro	1,69 Euro	1,38 Euro
3. Pflegegrades 3 nach § 15 Absatz 3 Satz 4 Nummer 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch,	1,21 Euro	1,04 Euro	0,85 Euro
4. Pflegegrades 2 nach § 15 Absatz 3 Satz 4 Nummer 2 des Elften Buches Sozialgesetzbuch,	0,76 Euro	0,65 Euro	0,54 Euro.“

- 4.1.2 In Satz 3 wird der Betrag „2,75 Euro“ durch den Betrag „2,84 Euro“ ersetzt.
- 4.2 In Absatz 3 Satz 3 wird der Betrag „0,93 Euro“ durch den Betrag „0,96 Euro“ ersetzt.
5. In § 61 Absatz 2a Satz 1 wird der Betrag „49,51 Euro“ durch den Betrag „51,09 Euro“ ersetzt.
- Artikel 7**
- Weitere Änderung des Hamburgischen Beamtenversorgungsgesetzes**
- Das Hamburgische Beamtenversorgungsgesetz vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23, 72), zuletzt geändert durch Artikel 6 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:
1. In § 5 Absatz 1 Satz 1 wird der Betrag „143,93 Euro“ durch den Betrag „145,95 Euro“ und der Betrag „102,80 Euro“ durch den Betrag „104,24 Euro“ ersetzt.
2. § 56 wird wie folgt geändert:
- 2.1 In Absatz 4 wird der Betrag „2,84 Euro“ durch den Betrag „2,88 Euro“ ersetzt.
- 2.2 Absatz 6 wird wie folgt geändert:
- 2.2.1 In Nummer 1 wird der Betrag „0,96 Euro“ durch den Betrag „0,97 Euro“ ersetzt.
- 2.2.2 In Nummer 2 wird der Betrag „0,70 Euro“ durch den Betrag „0,71 Euro“ ersetzt.
3. § 57 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- 3.1 In Nummer 1 wird der Betrag „1,87 Euro“ durch den Betrag „1,90 Euro“ ersetzt.
- 3.2 In Nummer 2 wird der Betrag „0,96 Euro“ durch den Betrag „0,97 Euro“ ersetzt.

4. § 58 wird wie folgt geändert:
- 4.1 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- 4.1.1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
 „Die Höhe des Pflegezuschlags beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege

einer pflegebedürftigen Person des	wenn die zu pflegende Person		
	a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 des Elften Buches Sozialgesetzbuch bezieht:	b) Kombinationsleistungen nach § 38 des Elften Buches Sozialgesetzbuch bezieht:	c) ausschließlich Pflegeleistungen nach § 36 des Elften Buches Sozialgesetzbuch bezieht:
1. Pflegegrades 5 nach § 15 Absatz 3 Satz 4 Nummer 5 des Elften Buches Sozialgesetzbuch,	2,88 Euro	2,44 Euro	2,01 Euro
2. Pflegegrades 4 nach § 15 Absatz 3 Satz 4 Nummer 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch,	2,01 Euro	1,71 Euro	1,40 Euro
3. Pflegegrades 3 nach § 15 Absatz 3 Satz 4 Nummer 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch,	1,23 Euro	1,05 Euro	0,86 Euro
4. Pflegegrades 2 nach § 15 Absatz 3 Satz 4 Nummer 2 des Elften Buches Sozialgesetzbuch,	0,77 Euro	0,66 Euro	0,55 Euro.“

- 4.1.2 In Satz 3 wird der Betrag „2,84 Euro“ durch den Betrag „2,88 Euro“ ersetzt.
- 4.2 In Absatz 3 Satz 3 wird der Betrag „0,96 Euro“ durch den Betrag „0,97 Euro“ ersetzt.
5. In § 61 Absatz 2a Satz 1 wird der Betrag „51,09 Euro“ durch den Betrag „51,81 Euro“ ersetzt.

Artikel 8

Änderung des Hamburgischen Besoldungsüberleitungsgesetzes

Die Anlagen 1 und 2 des Hamburgischen Besoldungsüberleitungsgesetzes vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23, 67), zuletzt geändert am 18. Juli 2017 (HmbGVBl. S. 191, 195), erhalten die aus Anlage 4 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 9

Weitere Änderung des Hamburgischen Besoldungsüberleitungsgesetzes

Die Anlagen 1 und 2 des Hamburgischen Besoldungsüberleitungsgesetzes vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23, 67), zuletzt geändert durch Artikel 8 dieses Gesetzes, erhalten die aus Anlage 5 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 10

Weitere Änderung des Hamburgischen Besoldungsüberleitungsgesetzes

Die Anlagen 1 und 2 des Hamburgischen Besoldungsüberleitungsgesetzes vom 26. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 23, 67), zuletzt geändert durch Artikel 9 dieses Gesetzes, erhalten die aus Anlage 6 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 11

**Änderung der Hamburgischen
Mehrarbeitsvergütungsverordnung**

§ 4 der Hamburgischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung vom 8. Mai 2012 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 18. Juli 2017 (HmbGVBl. S. 191, 195), wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden die Beträge „14,99 Euro“ durch „15,44 Euro“, „20,53 Euro“ durch „21,15 Euro“ und „27,86 Euro“ durch „28,70 Euro“ ersetzt.
2. In Absatz 2 werden die Beträge „18,82 Euro“ durch „19,38 Euro“, „23,29 Euro“ durch „23,99 Euro“ und „32,33 Euro“ durch „33,30 Euro“ ersetzt.

Artikel 12

**Weitere Änderung der Hamburgischen
Mehrarbeitsvergütungsverordnung**

§ 4 der Hamburgischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung vom 8. Mai 2012 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert durch Artikel 11 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden die Beträge „15,44 Euro“ durch „15,93 Euro“, „21,15 Euro“ durch „21,83 Euro“ und „28,70 Euro“ durch „29,62 Euro“ ersetzt.
2. In Absatz 2 werden die Beträge „19,38 Euro“ durch „20,00 Euro“, „23,99 Euro“ durch „24,76 Euro“ und „33,30 Euro“ durch „34,37 Euro“ ersetzt.

Artikel 13

**Weitere Änderung der Hamburgischen
Mehrarbeitsvergütungsverordnung**

§ 4 der Hamburgischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung vom 8. Mai 2012 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert durch Artikel 12 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden die Beträge „15,93 Euro“ durch „16,15 Euro“, „21,83 Euro“ durch „22,14 Euro“ und „29,62 Euro“ durch „30,03 Euro“ ersetzt.
2. In Absatz 2 werden die Beträge „20,00 Euro“ durch „20,28 Euro“, „24,76 Euro“ durch „25,11 Euro“ und „34,37 Euro“ durch „34,85 Euro“ ersetzt.

Artikel 14

**Änderung der Hamburgischen
Erschwerniszulagenverordnung**

In § 4 Absatz 1 Nummer 1 der Hamburgischen Erschwerniszulagenverordnung vom 23. Juli 2013 (HmbGVBl. S. 340), zuletzt geändert am 11. Juni 2019 (HmbGVBl. S. 197), wird der Betrag „3,39 Euro“ durch den Betrag „3,49 Euro“ ersetzt.

Artikel 15

**Weitere Änderung der Hamburgischen
Erschwerniszulagenverordnung**

Die Hamburgische Erschwerniszulagenverordnung vom 23. Juli 2013 (HmbGVBl. S. 340), zuletzt geändert durch Artikel 14 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 1 Nummer 1 wird der Betrag „3,49 Euro“ durch den Betrag „3,60 Euro“ ersetzt.
2. In § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 wird jeweils der Betrag „3,50 Euro“ durch den Betrag „3,61 Euro“ ersetzt.
3. In § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird jeweils der Betrag „4,50 Euro“ durch den Betrag „4,64 Euro“ ersetzt.

Artikel 16

**Weitere Änderung der Hamburgischen
Erschwerniszulagenverordnung**

Die Hamburgische Erschwerniszulagenverordnung vom 23. Juli 2013 (HmbGVBl. S. 340), zuletzt geändert durch Artikel 15 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 1 Nummer 1 wird der Betrag „3,60 Euro“ durch den Betrag „3,65 Euro“ ersetzt.
2. In § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 wird jeweils der Betrag „3,61 Euro“ durch den Betrag „3,66 Euro“ ersetzt.
3. In § 4a Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und § 4b Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird jeweils der Betrag „4,64 Euro“ durch den Betrag „4,70 Euro“ ersetzt.

Artikel 17

**Änderung der Hamburgischen
Erholungsurlaubsverordnung**

§ 5 Satz 2 der Hamburgischen Erholungsurlaubsverordnung vom 7. Dezember 1999 (HmbGVBl. S. 279), zuletzt geändert am 11. Dezember 2018 (HmbGVBl. S. 460, 461), wird gestrichen.

Artikel 18

Schlussbestimmungen

Artikel 2, Artikel 5 Nummern 1 bis 7, Artikel 8, 11, 14 und 17 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2019 in Kraft. Artikel 3, 6, 9, 12 und 15 treten am 1. Januar 2020 in Kraft. Artikel 4, 7, 10, 13 und 16 treten am 1. Januar 2021 in Kraft. Im Übrigen tritt dieses Gesetz am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Ausgefertigt Hamburg, den 18. September 2019.

Der Senat

Anlage 1
(zu Artikel 2)

„Anlage VI

gültig ab 1. Januar 2019

1. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
A 4	2.339,70	2.395,05	2.450,33	2.505,78	2.555,07	2.585,63	2.606,97	2.610,34
A 5	2.366,78	2.425,74	2.484,40	2.543,42	2.602,11	2.660,96	2.684,45	2.694,91
A 6	2.403,33	2.473,93	2.543,42	2.606,97	2.670,41	2.734,01	2.797,53	2.823,29
A 7	2.495,08	2.574,96	2.655,18	2.734,97	2.815,15	2.895,22	2.970,30	3.024,73
A 8	2.630,47	2.725,80	2.820,93	2.917,32	3.013,86	3.103,25	3.192,80	3.272,56
A 9	2.741,68	2.841,63	2.941,62	3.044,13	3.146,45	3.246,49	3.346,38	3.430,65
A 10	2.931,02	3.066,47	3.201,58	3.338,27	3.460,19	3.590,36	3.722,97	3.826,40
A 11	3.331,04	3.449,39	3.581,73	3.716,80	3.851,87	3.986,92	4.121,98	4.257,84
A 12	3.725,43	3.864,14	4.002,90	4.141,62	4.280,38	4.419,13	4.557,86	4.689,31
A 13	4.166,16	4.314,76	4.463,33	4.611,89	4.760,46	4.909,02	5.057,59	5.202,62
A 14	4.381,05	4.581,19	4.781,33	4.981,47	5.181,60	5.381,73	5.581,87	5.751,58
A 15	5.335,09	5.513,13	5.691,16	5.858,14	6.025,12	6.192,10	6.359,09	6.483,29
A 16	5.876,56	6.084,06	6.291,55	6.486,79	6.682,01	6.877,22	7.072,46	7.212,75
Rhythmus	3 Jahre	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	6 Jahre	6 Jahre	

2. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	6.383,69
B 2	7.418,02
B 3	7.855,91
B 4	8.314,49
B 5	8.840,69
B 6	9.337,55
B 7	9.820,89
B 8	10.324,68
B 9	10.950,14
B 10	12.892,52
B 11	13.393,15

3. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung R
(Monatsbeträge in Euro)

Besol- dungs- gruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
R 1	4.516,11	4.821,83	5.127,58	5.433,31	5.739,04	6.044,75	6.350,49	6.649,10
R 2	5.110,38	5.416,13	5.721,85	6.027,59	6.333,31	6.639,04	6.944,78	7.242,94

R 3	7.955,52
R 4	8.414,12
R 5	8.940,31
R 6	9.437,17
R 7	9.920,53
R 8	10.424,29
R 9	11.049,78
R 10	13.545,88

4. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung W
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4.538,62	5.163,26	6.237,48

Anlage VII

gültig ab 1. Januar 2019

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 45 Absatz 1)	Stufe 2 (§ 45 Absatz 2)
alle Besoldungsgruppen	135,68	251,70

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag
für das zweite zu berücksichtigende Kind um 116,02 Euro,
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 358,53 Euro.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 3 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind
in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 um je 5,11 Euro
ab Stufe 3 (§ 45 Absatz 2) für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
in Besoldungsgruppe A 3 um je 25,56 Euro,
in Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro
und in Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anlage VIII

gültig ab 1. Januar 2019

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Anwärtlerin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 4	1.099,10
A 5 bis A 8	1.218,18
A 9 bis A 11	1.271,40
A 12	1.409,25
A 13	1.440,60
A 13 + Zulage (§ 48 Nummer 2 Buchstabe c) oder R 1	1.475,04

Anlage IX

gültig ab 1. Januar 2019

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen
(Monatsbeträge in Euro)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
Hamburgisches Besoldungsgesetz		§ 60 (Zulage bei mehreren Ämtern) Die Zulage beträgt für die Besoldungsgruppen	
§ 48 (allgemeine Stellenzulage)		R 1	205,54
Nummer 1		R 2	230,08
Buchstabe a	21,12	Besoldungsordnung A	
Buchstabe b	82,59	Fußnote	
Nummer 2	91,77	A 4	2 72,72
§ 49 (Zulage für Polizei und Steuerfahndungsdienst)		A 5	1 72,72
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		A 6	2 72,72
von einem Jahr	63,69	3	157,73
von zwei Jahren	127,38	A 9	1 293,52
§ 50 (Feuerwehrezulage)		A 13	1, 2, 3 298,30
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		5	204,52
von einem Jahr	63,69	A 14	1 136,34
von zwei Jahren	127,38	2	204,52
§ 51 (Zulage bei Justizvollzugs- einrichtungen und Psychiatrischen Krankeneinrichtungen)	101,81	A 15	2 204,52
§ 52 (Zulage in der Steuerverwaltung)		A 16	2 228,72
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte	38,35	A 9 (kw)	1 293,52
§ 53 (Sicherheitszulage)		A 13 (kw)	1 204,52
Die Zulage beträgt für die Besoldungsgruppen		A 14 (kw)	1 204,52
A 4 bis A 5	115,04	A 15 (kw)	1 204,52
A 6 bis A 9	153,39	Besoldungsordnung R	
A 10 und höher	191,73	Fußnote	
§ 54 Absatz 1 (Fliegerzulage)		R 1	1 226,09
Nummer 1	368,13	R 2	3, 4 226,09
Nummer 2	294,50	R 3	2 226,09
§ 55 (Zulage für Meisterprüfung / Abschlussprüfung als staatlich geprüfte Technikerin, staatlich geprüfter Techniker)	38,35		
§ 55a (Zulage für die Landeswahlleiterin oder den Landeswahlleiter)	300,00		

Anlage IXa

gültig ab 1. Januar 2019

Leistungsbezüge der Besoldungsordnung W

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
§ 33 (Grundleistungsbezüge) Grundleistungsbezüge betragen für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppen W2 und W3	694,88 Euro monatlich
§ 38 (Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen) Der Gesamtbetrag der nach § 38 Absatz 2 Satz 4 für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge beträgt höchstens	135.063,64 Euro jährlich

Anlage X
gültig ab 1. Januar 2019

Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung C
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3.619,29	3.741,09	3.862,89	3.984,66	4.106,50	4.228,27	4.350,04	4.471,86	4.593,65	4.715,45	4.837,23	4.959,01	5.080,84	5.202,62	
C 2	3.626,88	3.820,97	4.015,10	4.209,21	4.403,32	4.597,43	4.791,51	4.985,61	5.179,71	5.373,81	5.567,89	5.762,00	5.956,10	6.150,20	6.344,27
C 3	3.978,62	4.198,37	4.418,17	4.637,96	4.857,75	5.077,52	5.297,29	5.517,07	5.736,82	5.956,62	6.176,40	6.396,20	6.615,95	6.835,72	7.055,52
C 4	5.013,30	5.234,21	5.455,15	5.676,09	5.897,03	6.117,98	6.338,90	6.559,82	6.780,74	7.001,67	7.222,62	7.443,50	7.664,46	7.885,38	8.106,32

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

Dem Grunde nach geregelt in	Höhe der Zulage pro Monat / der Vergütung pro Stunde in Euro
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 2b	91,77
Nummer 3	
Für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe(n)	
C 1	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe A 13 *)
C 2	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe A 15 *)
C 3 und C 4	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe B 3 *)
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1	205,54
wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 2	230,08
Besoldungsgruppe Fußnote	
C 2	104,32
§ 41 Absatz 6 dieses Gesetzes	
Lehrvergütung je Stunde	40,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091), zuletzt geändert am 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 262). "

**Anlage 2
(zu Artikel 3)**

„Anlage VI

gültig ab 1. Januar 2020

1. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
A 4	2.414,57	2.471,69	2.528,74	2.585,96	2.636,83	2.668,37	2.690,39	2.693,87
A 5	2.442,52	2.503,36	2.563,90	2.624,81	2.685,38	2.746,11	2.770,35	2.781,15
A 6	2.480,24	2.553,10	2.624,81	2.690,39	2.755,86	2.821,50	2.887,05	2.913,64
A 7	2.574,92	2.657,36	2.740,15	2.822,49	2.905,23	2.987,87	3.065,35	3.121,52
A 8	2.714,65	2.813,03	2.911,20	3.010,67	3.110,30	3.202,55	3.294,97	3.377,28
A 9	2.829,41	2.932,56	3.035,75	3.141,54	3.247,14	3.350,38	3.453,46	3.540,43
A 10	3.024,81	3.164,60	3.304,03	3.445,09	3.570,92	3.705,25	3.842,11	3.948,84
A 11	3.437,63	3.559,77	3.696,35	3.835,74	3.975,13	4.114,50	4.253,88	4.394,09
A 12	3.844,64	3.987,79	4.130,99	4.274,15	4.417,35	4.560,54	4.703,71	4.839,37
A 13	4.299,48	4.452,83	4.606,16	4.759,47	4.912,79	5.066,11	5.219,43	5.369,10
A 14	4.521,24	4.727,79	4.934,33	5.140,88	5.347,41	5.553,95	5.760,49	5.935,63
A 15	5.505,81	5.689,55	5.873,28	6.045,60	6.217,92	6.390,25	6.562,58	6.690,76
A 16	6.064,61	6.278,75	6.492,88	6.694,37	6.895,83	7.097,29	7.298,78	7.443,56
Rhythmus	3 Jahre	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	6 Jahre	6 Jahre	

2. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	6.587,97
B 2	7.655,40
B 3	8.107,30
B 4	8.580,55
B 5	9.123,59
B 6	9.636,35
B 7	10.135,16
B 8	10.655,07
B 9	11.300,54
B 10	13.305,08
B 11	13.821,73

3. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung R
(Monatsbeträge in Euro)

Besol- dungs- gruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
R 1	4.660,63	4.976,13	5.291,66	5.607,18	5.922,69	6.238,18	6.553,71	6.861,87
R 2	5.273,91	5.589,45	5.904,95	6.220,47	6.535,98	6.851,49	7.167,01	7.474,71

R 3	8.210,10
R 4	8.683,37
R 5	9.226,40
R 6	9.739,16
R 7	10.237,99
R 8	10.757,87
R 9	11.403,37
R 10	13.979,35

4. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung W
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4.683,86	5.328,48	6.437,08

Anlage VII

gültig ab 1. Januar 2020

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 45 Absatz 1)	Stufe 2 (§ 45 Absatz 2)
alle Besoldungsgruppen	140,02	259,75

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag
für das zweite zu berücksichtigende Kind um 119,73 Euro,
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 370,00 Euro.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 3 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind
in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 um je 5,11 Euro
ab Stufe 3 (§ 45 Absatz 2) für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
in Besoldungsgruppe A 3 um je 25,56 Euro,
in Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro
und in Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anlage VIII

gültig ab 1. Januar 2020

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Anwärtlerin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 4	1.149,10
A 5 bis A 8	1.268,18
A 9 bis A 11	1.321,40
A 12	1.459,25
A 13	1.490,60
A 13 + Zulage (§ 48 Nummer 2 Buchstabe c) oder R 1	1.525,04

Anlage IX

gültig ab 1. Januar 2020

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen
(Monatsbeträge in Euro)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
Hamburgisches Besoldungsgesetz		§ 60 (Zulage bei mehreren Ämtern) Die Zulage beträgt für die Besoldungsgruppen	
§ 48 (allgemeine Stellenzulage)		R 1	205,54
Nummer 1		R 2	230,08
Buchstabe a	21,80	Besoldungsordnung A	
Buchstabe b	85,23	Fußnote	
Nummer 2	94,71	A 4	2 75,05
§ 49 (Zulage für Polizei und Steuerfahndungsdienst)		A 5	1 75,05
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		A 6	2 75,05
von einem Jahr	63,69	3	162,78
von zwei Jahren	127,38	A 9	1 302,91
§ 50 (Feuerwehrezulage)		A 13	1, 2, 3 307,85
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		5	211,06
von einem Jahr	63,69	A 14	1 140,70
von zwei Jahren	127,38	2	211,06
§ 51 (Zulage bei Justizvollzugs-einrichtungen und Psychiatrischen Krankeneinrichtungen)	101,81	A 15	2 211,06
§ 52 (Zulage in der Steuerverwaltung)		A 16	2 236,04
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte	38,35	A 9 (kw)	1 302,91
§ 53 (Sicherheitszulage)		A 13 (kw)	1 211,06
Die Zulage beträgt für die Besoldungsgruppen		A 14 (kw)	1 211,06
A 4 bis A 5	115,04	A 15 (kw)	1 211,06
A 6 bis A 9	153,39	Besoldungsordnung R	
A 10 und höher	191,73	Fußnote	
§ 54 Absatz 1 (Fliegerzulage)		R 1	1 233,32
Nummer 1	368,13	R 2	3, 4 233,32
Nummer 2	294,50	R 3	2 233,32
§ 55 (Zulage für Meisterprüfung / Abschlussprüfung als staatlich geprüfte Technikerin, staatlich geprüfter Techniker)	38,35		
§ 55a (Zulage für die Landeswahlleiterin oder den Landeswahlleiter)	300,00		

Anlage IXa

gültig ab 1. Januar 2020

Leistungsbezüge der Besoldungsordnung W

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
§ 33 (Grundleistungsbezüge) Grundleistungsbezüge betragen für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppen W2 und W3	717,12 Euro monatlich
§ 38 (Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen) Der Gesamtbetrag der nach § 38 Absatz 2 Satz 4 für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge beträgt höchstens	139.385,68 Euro jährlich

Anlage X
gültig ab 1. Januar 2020

Grundgehaltsätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung C
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3.735,11	3.860,80	3.986,50	4.112,17	4.237,91	4.363,57	4.489,24	4.614,96	4.740,65	4.866,34	4.992,02	5.117,70	5.243,43	5.369,10	
C 2	3.742,94	3.943,24	4.143,58	4.343,90	4.544,23	4.744,55	4.944,84	5.145,15	5.345,46	5.545,77	5.746,06	5.946,38	6.146,70	6.347,01	6.547,29
C 3	4.105,94	4.332,72	4.559,55	4.786,37	5.013,20	5.240,00	5.466,80	5.693,62	5.920,40	6.147,23	6.374,04	6.600,88	6.827,66	7.054,46	7.281,30
C 4	5.173,73	5.401,70	5.629,71	5.857,72	6.085,73	6.313,76	6.541,74	6.769,73	6.997,72	7.225,72	7.453,74	7.681,69	7.909,72	8.137,71	8.365,72

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

Dem Grunde nach geregelt in	Höhe der Zulage pro Monat / der Vergütung pro Stunde in Euro
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 2b	94,71
Nummer 3	
Für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe(n)	
C 1	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe A 13 *
C 2	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe A 15 *
C 3 und C 4	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe B 3 *
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1	205,54
wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 2	230,08
Besoldungsgruppe Fußnote	
C 2	104,32
§ 41 Absatz 6 dieses Gesetzes	
Lehrvergütung je Stunde	40,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091), zuletzt geändert am 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 262).⁴⁴

Anlage 3
(Zu Artikel 4)

„Anlage VI

gültig ab 1. Januar 2021

1. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
A 4	2.448,37	2.506,29	2.564,14	2.622,16	2.673,75	2.705,73	2.728,06	2.731,58
A 5	2.476,72	2.538,41	2.599,79	2.661,56	2.722,98	2.784,56	2.809,13	2.820,09
A 6	2.514,96	2.588,84	2.661,56	2.728,06	2.794,44	2.861,00	2.927,47	2.954,43
A 7	2.610,97	2.694,56	2.778,51	2.862,00	2.945,90	3.029,70	3.108,26	3.165,22
A 8	2.752,66	2.852,41	2.951,96	3.052,82	3.153,84	3.247,39	3.341,10	3.424,56
A 9	2.869,02	2.973,62	3.078,25	3.185,52	3.292,60	3.397,29	3.501,81	3.590,00
A 10	3.067,16	3.208,90	3.350,29	3.493,32	3.620,91	3.757,12	3.895,90	4.004,12
A 11	3.485,76	3.609,61	3.748,10	3.889,44	4.030,78	4.172,10	4.313,43	4.455,61
A 12	3.898,46	4.043,62	4.188,82	4.333,99	4.479,19	4.624,39	4.769,56	4.907,12
A 13	4.359,67	4.515,17	4.670,65	4.826,10	4.981,57	5.137,04	5.292,50	5.444,27
A 14	4.584,54	4.793,98	5.003,41	5.212,85	5.422,27	5.631,71	5.841,14	6.018,73
A 15	5.582,89	5.769,20	5.955,51	6.130,24	6.304,97	6.479,71	6.654,46	6.784,43
A 16	6.149,51	6.366,65	6.583,78	6.788,09	6.992,37	7.196,65	7.400,96	7.547,77
Rhythmus	3 Jahre	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	6 Jahre	6 Jahre	

2. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	6.680,20
B 2	7.762,58
B 3	8.220,80
B 4	8.700,68
B 5	9.251,32
B 6	9.771,26
B 7	10.277,05
B 8	10.804,24
B 9	11.458,75
B 10	13.491,35
B 11	14.015,23

3. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung R
(Monatsbeträge in Euro)

Besol- dungs- gruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
R 1	4.725,88	5.045,80	5.365,74	5.685,68	6.005,61	6.325,51	6.645,46	6.957,94
R 2	5.347,74	5.667,70	5.987,62	6.307,56	6.627,48	6.947,41	7.267,35	7.579,36

R 3	8.325,04
R 4	8.804,94
R 5	9.355,57
R 6	9.875,51
R 7	10.381,32
R 8	10.908,48
R 9	11.563,02
R 10	14.175,06

4. Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung W
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4.749,43	5.403,08	6.527,20

Anlage VII

gültig ab 1. Januar 2021

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 45 Absatz 1)	Stufe 2 (§ 45 Absatz 2)
alle Besoldungsgruppen	141,98	263,39

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag
für das zweite zu berücksichtigende Kind um 121,41 Euro,
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 375,18 Euro.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 3 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind
in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 um je 5,11 Euro
ab Stufe 3 (§ 45 Absatz 2) für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
in Besoldungsgruppe A 3 um je 25,56 Euro,
in Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro
und in Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anlage VIII

gültig ab 1. Januar 2021

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Anwärtlerin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 4	1.149,10
A 5 bis A 8	1.268,18
A 9 bis A 11	1.321,40
A 12	1.459,25
A 13	1.490,60
A 13 + Zulage (§ 48 Nummer 2 Buchstabe c) oder R 1	1.525,04

Anlage IX

gültig ab 1. Januar 2021

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen
(Monatsbeträge in Euro)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
Hamburgisches Besoldungsgesetz		§ 60 (Zulage bei mehreren Ämtern) Die Zulage beträgt für die Besoldungsgruppen	
§ 48 (allgemeine Stellenzulage)		R 1	205,54
Nummer 1		R 2	230,08
Buchstabe a	22,11	Besoldungsordnung A	
Buchstabe b	86,42	Fußnote	
Nummer 2	96,04	A 4	2 76,10
§ 49 (Zulage für Polizei und Steuerfahndungsdienst)		A 5	1 76,10
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		A 6	2 76,10
von einem Jahr	63,69	3	165,06
von zwei Jahren	127,38	A 9	1 307,15
§ 50 (Feuerwehruzulage)		A 13	1, 2, 3 312,16
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		5	214,01
von einem Jahr	63,69	A 14	1 142,67
von zwei Jahren	127,38	2	214,01
§ 51 (Zulage bei Justizvollzugs-einrichtungen und Psychiatrischen Krankeneinrichtungen)	101,81	A 15	2 214,01
§ 52 (Zulage in der Steuerverwaltung)		A 16	2 239,34
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte	38,35	A 9 (kw)	1 307,15
§ 53 (Sicherheitszulage)		A 13 (kw)	1 214,01
Die Zulage beträgt für die Besoldungsgruppen		A 14 (kw)	1 214,01
A 4 bis A 5	115,04	A 15 (kw)	1 214,01
A 6 bis A 9	153,39	Besoldungsordnung R	
A 10 und höher	191,73	Fußnote	
§ 54 Absatz 1 (Fliegerzulage)		R 1	1 236,59
Nummer 1	368,13	R 2	3, 4 236,59
Nummer 2	294,50	R 3	2 236,59
§ 55 (Zulage für Meisterprüfung / Abschlussprüfung als staatlich geprüfte Technikerin, staatlich geprüfter Techniker)	38,35		
§ 55a (Zulage für die Landeswahlleiterin oder den Landeswahlleiter)	300,00		

Anlage IXa

gültig ab 1. Januar 2021

Leistungsbezüge der Besoldungsordnung W

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag
§ 33 (Grundleistungsbezüge) Grundleistungsbezüge betragen für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppen W2 und W3	727,16 Euro monatlich
§ 38 (Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen) Der Gesamtbetrag der nach § 38 Absatz 2 Satz 4 für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge beträgt höchstens	141.337,08 Euro jährlich

Anlage X
gültig ab 1. Januar 2021

Grundgehaltssätze für Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung C
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3.787,40	3.914,85	4.042,31	4.169,74	4.297,24	4.424,66	4.552,09	4.679,57	4.807,02	4.934,47	5.061,91	5.189,35	5.316,84	5.444,27	6.638,95
C 2	3.795,34	3.998,45	4.201,59	4.404,71	4.607,85	4.810,97	5.014,07	5.217,18	5.420,30	5.623,41	5.826,50	6.029,63	6.232,75	6.435,87	7.383,24
C 3	4.163,42	4.393,38	4.623,38	4.853,38	5.083,38	5.313,36	5.543,34	5.773,33	6.003,29	6.233,29	6.463,28	6.693,29	6.923,25	7.153,22	8.482,84
C 4	5.246,16	5.477,32	5.708,53	5.939,73	6.170,93	6.402,15	6.633,32	6.864,51	7.095,69	7.326,88	7.558,09	7.789,23	8.020,46	8.251,64	

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

Dem Grunde nach geregelt in	Höhe der Zulage pro Monat / der Vergütung pro Stunde in Euro
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 2b	96,04
Nummer 3	
Für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe(n)	
C 1	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe A 13 *)
C 2	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe A 15 *)
C 3 und C 4	12,5% des (End-)Grundgehalts der Besoldungsgruppe B 3 *)
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1	205,54
wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 2	230,08
Besoldungsgruppe Fußnote	
C 2	104,32
§ 41 Absatz 6 dieses Gesetzes	
Lehrvergütung je Stunde	40,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091), zuletzt geändert am 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 262).⁴

**Anlage 4
(zu Artikel 8)**

„Anlage 1

**Beträge der Grundgehälter in den Stufen und
Überleitungsstufen der Besoldungsordnung A**

gültig ab 1. Januar 2019

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
A 4	2.297,42	2.339,70		2.395,05	2.450,33		2.505,78	2.555,07		2.606,97	2.660,97		2.717,57	2.771,57		2.823,29
A 5	2.319,65	2.366,78		2.425,74	2.484,40		2.543,42	2.602,11		2.661,11	2.720,11		2.779,11	2.838,11		2.897,11
A 6	2.356,28	2.403,33		2.473,93	2.543,42		2.606,97	2.670,41		2.734,01	2.797,53		2.861,07	2.924,60		2.988,13
A 7	2.482,20	2.495,08		2.574,96	2.655,18		2.734,97	2.815,15		2.895,22	2.970,30		3.050,38	3.130,46		3.210,54
A 8	2.560,87	2.630,47		2.725,80	2.820,93		2.917,32	3.013,86		3.103,25	3.192,80		3.282,34	3.371,89		3.461,43
A 9	2.668,64	2.741,68		2.841,63	2.941,62		3.044,13	3.146,45		3.246,49	3.346,38		3.446,32	3.546,21		3.646,10
A 10	2.852,22	2.931,02		3.066,47	3.201,58		3.338,27	3.460,19		3.590,36	3.722,97		3.850,19	3.986,92		4.121,98
A 11	3.265,15	3.331,04		3.449,39	3.581,73		3.716,80	3.851,87		3.986,92	4.121,98		4.257,04	4.392,09		4.527,14
A 12	3.451,78	3.725,43		3.864,14	4.002,90		4.141,62	4.280,38		4.419,13	4.557,86		4.696,60	4.835,34		4.974,08
A 13	3.862,92	4.166,16		4.314,76	4.463,33		4.611,89	4.760,46		4.909,02	5.057,59		5.206,15	5.354,72		5.503,29
A 14	4.015,17	4.381,05		4.463,33	4.781,33		4.981,47	5.181,60		5.381,73	5.581,87		5.781,99	5.982,13		6.182,27
A 15	4.888,15	5.335,09		5.511,89	5.650,63		5.858,14	6.025,12		6.192,10	6.359,09		6.526,07	6.693,06		6.860,05
A 16	5.382,98	5.876,56		6.071,79	6.249,81		6.486,79	6.682,01		6.877,22	7.072,46		7.267,69	7.462,93		7.658,17

Anlage 2

**Beträge der Grundgehälter in den Stufen, Überleitungsstufen
und der Extrastufe der Besoldungsordnung R**

gültig ab 1. Januar 2019

		Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
Besoldungsgruppe	Extrastufe	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Überleitungsstufe zu Stufe 8				
R1	4.137,94	4.320,90	4.516,11	4.664,69	4.821,83	4.912,72	5.127,58	5.160,73	5.433,31	5.730,45	5.739,04	5.931,82	6.044,75	6.154,03	6.350,49	6.402,07	6.649,10
R2		5.010,95	5.110,38	5.300,70	5.416,13	5.720,62	5.721,85	5.755,00	6.027,59	6.279,28	6.333,31	6.499,05	6.639,04	6.747,09	6.944,78	6.995,11	7.242,94

Anlage 5
(zu Artikel 9)

„Anlage 1

**Beträge der Grundgehälter in den Stufen und
Überleitungsstufen der Besoldungsordnung A**

gültig ab 1. Januar 2020

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
A 4	2.370,94	2.414,57	2.471,69	2.528,74	2.585,96	2.636,83	2.685,38	2.755,86	2.821,50	2.853,86	2.887,05	2.987,87	3.011,96	3.065,35	3.066,62	2.693,87
A 5	2.393,88	2.442,52	2.503,36	2.563,90	2.624,81	2.685,38	2.755,86	2.822,49	2.887,87	2.905,23	2.978,16	2.987,87	3.011,96	3.065,35	3.066,62	2.781,15
A 6	2.431,68	2.480,24	2.553,10	2.624,81	2.690,39	2.755,86	2.822,49	2.887,87	2.953,45	2.905,23	2.978,16	2.987,87	3.011,96	3.065,35	3.066,62	2.913,64
A 7	2.561,63	2.574,92	2.657,36	2.740,15	2.822,49	2.905,23	2.987,87	3.070,71	3.153,54	2.905,23	2.978,16	2.987,87	3.011,96	3.065,35	3.066,62	3.121,52
A 8	2.642,82	2.714,65	2.813,03	2.911,20	3.010,67	3.110,30	3.209,47	3.308,64	3.407,81	3.110,30	3.199,12	3.202,55	3.269,47	3.294,97	3.310,85	3.377,28
A 9	2.754,04	2.829,41	2.932,56	3.035,75	3.141,54	3.247,14	3.353,00	3.458,87	3.564,74	3.247,14	3.330,80	3.350,38	3.415,93	3.453,46	3.468,05	3.540,43
A 10	2.943,49	3.024,81	3.164,60	3.304,03	3.445,09	3.570,92	3.706,69	3.835,74	3.964,79	3.570,92	3.663,80	3.705,25	3.777,45	3.842,11	3.854,75	3.948,84
A 11	3.369,63	3.437,63	3.559,77	3.696,35	3.835,74	3.975,13	4.114,50	4.253,88	4.393,27	3.975,13	4.004,27	4.114,50	4.252,61	4.253,88	4.296,96	4.394,09
A 12	3.562,24	3.844,64	3.987,79	4.130,99	4.274,15	4.417,35	4.560,54	4.703,71	4.846,87	4.417,35	4.490,85	4.560,54	4.639,08	4.703,71	4.723,99	4.839,37
A 13	3.986,53	4.299,48	4.452,83	4.606,16	4.759,47	4.912,79	5.066,11	5.219,43	5.372,76	4.912,79	4.992,63	5.066,11	5.158,61	5.219,43	5.243,52	5.369,10
A 14	4.143,66	4.521,24	4.727,79	4.934,33	5.140,88	5.347,41	5.553,95	5.760,49	5.967,03	5.347,41	5.447,54	5.553,95	5.629,99	5.760,49	5.773,16	5.935,63
A 15	5.044,57	5.505,81	5.688,27	5.873,28	6.045,60	6.217,92	6.390,25	6.562,58	6.734,91	6.217,92	6.260,99	6.390,25	6.476,41	6.562,58	6.563,85	6.690,76
A 16	5.555,24	6.064,61	6.266,09	6.492,88	6.694,37	6.895,83	7.097,29	7.298,78	7.499,27	6.895,83	6.946,52	7.097,29	7.194,86	7.298,78	7.302,58	7.443,56

Anlage 2

**Beträge der Grundgehälter in den Stufen, Überleitungsstufen
und der Extrastufe der Besoldungsordnung R**

gültig ab 1. Januar 2020

		Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
Besoldungsgruppe	Extrastufe	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8				
R1	4.270,35	4.459,17	4.660,63	4.813,96	4.976,13	5.069,93	5.291,66	5.325,87	5.607,18	5.913,82	5.922,69	6.121,64	6.238,18	6.350,96	6.553,71	6.606,94	6.861,87
R2		5.171,30	5.273,91	5.470,32	5.589,45	5.903,68	5.904,95	5.939,16	6.220,47	6.480,22	6.535,98	6.707,02	6.851,49	6.963,00	7.167,01	7.218,95	7.474,71

Anlage 6
(zu Artikel 10)

„Anlage 1

**Beträge der Grundgehälter in den Stufen und
Überleitungsstufen der Besoldungsordnung A**

gültig ab 1. Januar 2021

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
A 4	2.404,13	2.448,37	2.506,29	2.564,14	2.622,16	2.673,75	2.728,06	2.794,44	2.861,00	2.945,90	3.019,85	3.029,70	3.054,13	3.108,26	3.109,55	2.731,58
A 5	2.427,39	2.476,72	2.538,41	2.599,79	2.661,56	2.722,98	2.788,06	2.852,82	2.922,60	2.994,44	3.067,32	3.141,10	3.215,24	3.290,12	3.365,00	2.820,09
A 6	2.465,72	2.514,96	2.588,84	2.661,56	2.728,06	2.794,44	2.862,00	2.932,60	3.004,44	3.078,51	3.153,84	3.229,70	3.305,24	3.381,55	3.458,00	2.954,43
A 7	2.597,49	2.610,97	2.694,56	2.778,51	2.862,00	2.945,90	3.029,70	3.114,60	3.200,60	3.288,51	3.378,44	3.469,30	3.561,12	3.654,00	3.747,88	3.165,22
A 8	2.679,82	2.752,66	2.852,41	2.951,96	3.052,82	3.153,84	3.255,90	3.359,12	3.463,50	3.568,99	3.675,59	3.784,28	3.894,06	4.004,94	4.116,92	3.424,56
A 9	2.792,60	2.869,02	2.973,62	3.078,25	3.185,52	3.292,60	3.397,29	3.503,58	3.610,06	3.717,74	3.826,62	3.936,70	4.047,98	4.160,46	4.274,14	3.590,00
A 10	2.984,70	3.067,16	3.208,90	3.350,29	3.493,32	3.620,91	3.757,12	3.895,90	4.036,28	4.178,16	4.320,54	4.464,42	4.608,80	4.754,78	4.901,26	4.004,12
A 11	3.416,80	3.485,76	3.609,61	3.748,10	3.889,44	4.030,78	4.172,10	4.314,42	4.457,74	4.602,06	4.747,38	4.893,70	5.041,02	5.189,34	5.338,66	4.455,61
A 12	3.612,11	3.898,46	4.043,62	4.188,82	4.333,99	4.479,19	4.624,39	4.770,58	4.917,78	5.065,98	5.215,18	5.365,38	5.516,58	5.668,78	5.821,98	4.907,12
A 13	4.042,34	4.359,67	4.515,17	4.670,65	4.826,10	4.981,57	5.137,04	5.293,51	5.450,98	5.609,45	5.768,92	5.929,39	6.090,86	6.253,34	6.416,81	5.444,27
A 14	4.201,67	4.584,54	4.793,98	5.003,41	5.212,85	5.422,27	5.631,71	5.841,14	6.051,58	6.262,01	6.473,45	6.684,88	6.897,32	7.110,75	7.324,18	6.018,73
A 15	5.115,19	5.582,89	5.769,20	5.955,51	6.130,24	6.304,97	6.479,71	6.654,46	6.829,20	7.003,94	7.178,68	7.353,42	7.528,16	7.702,90	7.877,64	6.784,43
A 16	5.633,01	6.149,51	6.366,65	6.583,78	6.788,09	6.992,37	7.196,65	7.399,94	7.603,22	7.807,50	8.011,78	8.216,06	8.420,34	8.624,62	8.828,90	7.547,77

Anlage 2

**Beträge der Grundgehälter in den Stufen, Überleitungsstufen
und der Extrastufe der Besoldungsordnung R**

gültig ab 1. Januar 2021

		Grundgehalt (Monatsbeträge in Euro)															
Besoldungsgruppe	Extrastufe	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
R1	4.330,13	4.521,60	4.725,88	4.881,36	5.045,80	5.140,91	5.365,74	5.400,43	5.685,68	5.996,61	6.005,61	6.207,34	6.325,51	6.439,87	6.645,46	6.699,44	6.957,94
R2		5.243,70	5.347,74	5.546,90	5.667,70	5.986,33	5.987,62	6.022,31	6.307,56	6.570,94	6.627,48	6.800,92	6.947,41	7.060,48	7.267,35	7.320,02	7.579,36

Gesetz
zum Staatsvertrag
zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg
und der Freien Hansestadt Bremen
über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen
nach dem Luftsicherheitsgesetz
Vom 18. September 2019

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Dem in der Zeit vom 26. Februar 2019 bis 4. März 2019 zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen unterzeichneten Staatsvertrag über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz wird zugestimmt.

Artikel 2

Der Staatsvertrag wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

Artikel 3

Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem Artikel 7 in Kraft tritt, ist im Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt zu geben.

Ausgefertigt Hamburg, den 18. September 2019.

Der Senat

**Staatsvertrag
zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg
und der Freien Hansestadt Bremen
über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen
nach dem Luftsicherheitsgesetz**

Die Freie und Hansestadt Hamburg,
vertreten durch den Senat,
und die Freie Hansestadt Bremen,
vertreten durch den Senat,
schließen vorbehaltlich der Zustimmung ihrer verfassungsgemäß berufenen Organe
nachfolgenden Staatsvertrag:

Präambel

Zum Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs führen die Luftsicherheitsbehörden der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung Aufgaben gemäß §§ 7, 16 Absatz 2 des Luftsicherheitsgesetzes vom 11. Januar 2005 (BGBl. I S. 78), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Februar 2017 (BGBl. I S. 298), durch. In diesem Zusammenhang werden Personen, die insbesondere aus beruflichen Gründen Sicherheitsbereiche der Flughäfen betreten müssen, Sicherheitsbeauftragte im Bereich der Luftfracht sowie Privatpiloten nach Maßgabe des Luftsicherheitsgesetzes sowie der Luftsicherheits-Zuverlässigkeitsüberprüfungsverordnung vom 23. Mai 2007 (BGBl. I S. 947), geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 2. April 2008 (BGBl. I S. 647), überprüft.

Nach dem Willen der vertragschließenden Länder soll die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet der Luftsicherheit weiter intensiviert werden. Ziel ist eine Effizienzsteigerung bei der Erfüllung dieser Aufgabe. Daher kommen die Freie und Hansestadt Hamburg und die Freie Hansestadt Bremen überein, diesen Staatsvertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der luftsicherheitsrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen zu schließen.

Artikel 1

Zuständigkeitsübertragung

(1) Die Luftsicherheitsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg ist in der Freien Hansestadt Bremen zuständig für die Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach Maßgabe des Luftsicherheitsgesetzes und der Luftsicherheits-Zuverlässigkeitsüberprüfungsverordnung.

(2) Zu diesem Zweck werden von der Luftsicherheitsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg die entsprechenden Verwaltungsverfahren durchgeführt und Kostenentscheidungen nach der Luftsicherheitsgebührenverordnung getroffen.

(3) Rechtsbehelfsverfahren gegen Verwaltungsakte der Luftsicherheitsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg einschließlich der Kostenentscheidungen führt die Behörde der Freien und Hansestadt Hamburg durch, bei der die Luftsicherheitsbehörde ressortiert.

(4) Mahnverfahren sowie Vollstreckungsverfahren werden von der für die Finanzen zuständigen Behörde der Freien und Hansestadt Hamburg durchgeführt.

(5) Sämtliche Anträge auf Zuverlässigkeitsüberprüfungen, die vor Inkrafttreten dieses Staatsvertrages bei der Luftsicherheitsbehörde der Freien Hansestadt Bremen eingegangen sind, werden von dieser abschließend bearbeitet. In diesen und den bereits in der Vergangenheit abgeschlossenen Fällen bleibt sie zuständig für Rechtsbehelfsverfahren, Vorgänge betreffend die Nachberichtsspflicht, Einhaltung der Löschfristen gemäß § 7 Absatz 11 Luftsicherheitsgesetz und die Beantwortung von Rückfragen. Bei etwaigen Überschneidungen oder unklaren Zuordnungen gilt im Zweifel die Zuständigkeit, wie sie vor dem Abschluss dieses Staatsvertrages bestand.

Artikel 2

Finanzieller Ausgleich

Die Freie und Hansestadt Hamburg vereinnahmt für die übernommenen Aufgaben nach Artikel 1 die Gebühren und Auslagen. Ein weiterer finanzieller Ausgleich findet nicht statt.

Artikel 3

Länderübergreifende Zusammenarbeit, Aufsicht

(1) Soweit die Freie Hansestadt Bremen nach § 2 Luftsicherheits-Zuverlässigkeitsüberprüfungsverordnung für die Durchführung der Zuverlässigkeitsüberprüfung örtlich zuständig ist, wird diese Aufgabe von der Freien und Hansestadt Hamburg übernommen. Zu diesem Zweck kann die Luftsicherheitsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg das Landesamt für Verfassungsschutz und das Landeskriminalamt der Freien Hansestadt Bremen um Auskunft über die Antragstellerinnen und Antragsteller ersuchen. Von diesen Behörden wird auch die Nachberichtsspflicht gemäß §§ 7 Absatz 9, 16 Absatz 2 Luftsicherheitsgesetz wahrgenommen und die Luftsicherheitsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg entsprechend informiert.

(2) Die Behörden der vertragschließenden Länder sind zur gegenseitigen Unterstützung bei der Durchführung dieses Staatsvertrages verpflichtet.

(3) Soweit nach diesem Staatsvertrag Aufgaben von Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg für die Freie Hansestadt Bremen wahrgenommen werden, kann die Luftsicherheitsbehörde Bremen Auskünfte verlangen, Weisungen erteilen und im Einzelfall das Verfahren durch schriftliche Anzeige bei der Luftsicherheitsbehörde Hamburg an sich ziehen. Zieht die Luftsicherheitsbehörde Bremen ein Verfahren an sich, endet die Zuständigkeit Hamburgs.

Artikel 4**Anzuwendendes Recht, Amtshandlungen,
gerichtliches Verfahren**

(1) Für die Durchführung der im Rahmen dieses Staatsvertrages durch die Freie und Hansestadt Hamburg übernommenen Aufgaben gilt, soweit im Staatsvertrag oder durch Bundesrecht nichts anderes geregelt ist, das Recht der Freien und Hansestadt Hamburg.

(2) Die Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg sind berechtigt, im Rahmen der mit diesem Staatsvertrag auf die Freie und Hansestadt Hamburg übertragenen Zuständigkeiten in der Freien Hansestadt Bremen Amtshandlungen vorzunehmen.

(3) Klagen betreffend Verwaltungsakte, die in den Anwendungsbereich dieses Staatsvertrages fallen, sind gegen die Freie und Hansestadt Hamburg zu richten. In Fällen, in denen die Luftsicherheitsbehörde Bremen das Verfahren an sich zieht (vgl. Artikel 3 Absatz 3), sind Klagen gegen diese zu richten.

Hamburg, 4. März 2019

Für die Freie und Hansestadt Hamburg

Für den Senat

Michael Westhagemann
Präses der Behörde für Wirtschaft,
Verkehr und Innovation

Artikel 5**Verwaltungsvereinbarung**

Näheres zur Umsetzung der Bestimmungen dieses Staatsvertrages können die Luftsicherheitsbehörden der vertragsschließenden Länder in einer Verwaltungsvereinbarung regeln.

Artikel 6**Laufzeit und Kündigung**

Dieser Staatsvertrag gilt unbefristet und kann von jedem Land mit einer Frist von zwei Jahren zum Ende des Kalenderjahres durch schriftliche Erklärung gekündigt werden.

Artikel 7**Inkrafttreten**

Dieser Staatsvertrag bedarf der Ratifikation. Er tritt am ersten Tag des auf den Austausch der Ratifikationsurkunden folgenden Jahres in Kraft.

Bremen, 26. Februar 2019

Für die Freie Hansestadt Bremen

Für den Senat

Martin Günthner
Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Siebtes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Juristenausbildungsgesetzes

Vom 18. September 2019

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

§ 1

Änderung des Hamburgischen Juristenausbildungsgesetzes

Das Hamburgische Juristenausbildungsgesetz vom 11. Juni 2003 (HmbGVBl. S. 156), zuletzt geändert am 19. Mai 2017 (HmbGVBl. S. 143), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Absatz 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Auf die Studienzeit kann ein erfolgreich abgeschlossener Vorbereitungsdienst, der die Befähigung für das erste Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 in der Fachrichtung Justiz oder in einer anderen förderlichen Laufbahnfachrichtung vermittelt, bis zur Dauer von einem Jahr angerechnet werden.“

2. § 12 Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Pflichtfächer sind die Kernbereiche des Bürgerlichen Rechts, des Strafrechts, des Öffentlichen Rechts einschließlich des Verfahrensrechts, der europa- und völkerrechtlichen Bezüge, der rechtswissenschaftlichen Methoden und Grundlagen, der philosophischen, geschichtlichen und gesellschaftlichen Grundlagen sowie der Methoden der rechtsberatenden und rechtsgestaltenden Praxis.“

3. § 13 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Nummer 3 wird das Komma am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
- bb) In Nummer 4 wird das Wort „und“ durch einen Punkt ersetzt.
- cc) Nummer 5 wird gestrichen.

b) Hinter Absatz 2 wird folgender neuer Absatz 3 eingefügt:

„(3) Sofern die in Absatz 1 Nummer 2 benannte Hochschule in der von ihr gemäß § 30 Absatz 3 Satz 1 erlassenen Prüfungsordnung die vorherige Ablegung der Schwerpunktbereichsprüfung vorsieht, setzt die Zulassung ferner voraus, dass der Prüfling die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung nach § 8 Absatz 2 bestanden hat.“

c) Die bisherigen Absätze 3 bis 6 werden Absätze 4 bis 7 und erhalten folgende Fassung:

„(4) Die erfolgreiche Teilnahme an einer Veranstaltung oder einem Sprachkurs nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 kann durch einen mindestens ein Semester dauernden Studienaufenthalt an einer ausländischen fremdsprachigen rechtswissenschaftlichen Fakultät ersetzt werden.

(5) Die erfolgreiche Teilnahme an einer Lehrveranstaltung nach Absatz 2 Satz 1 Nummern 1 und 3 kann durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Veranstaltung einer ausländischen rechtswissenschaftlichen Fakultät ersetzt werden, sofern die Veranstaltung auf Antrag des Prüflings durch das Prüfungsamt als gleichwertig anerkannt worden ist.

(6) Die erfolgreiche Teilnahme an einer Veranstaltung nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 kann durch die Teil-

nahme an einer Verfahrenssimulation oder an einem Programm zur ehrenamtlichen Rechtsberatung ersetzt werden, sofern diese die Voraussetzungen des § 26 Absatz 2 Satz 1 Nummer 6 oder 7 erfüllen. Die erfolgreiche Teilnahme an einer Veranstaltung oder einem Sprachkurs nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 kann durch die Teilnahme an einer Verfahrenssimulation ersetzt werden, sofern diese die Voraussetzungen des § 26 Absatz 2 Satz 1 Nummer 6 erfüllt.

(7) Das Prüfungsamt kann aus wichtigem Grund Ausnahmen von den Erfordernissen des Absatzes 1 Nummern 3 und 4 sowie dem Absatz 2 zulassen.“

4. § 14 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 2 wird gestrichen.
- b) Die bisherigen Nummern 3 bis 5 werden Nummern 2 bis 4 und erhalten folgende Fassung:
 - „2. Bescheinigungen über die Teilnahme an den praktischen Studienzeiten nach § 5 Absatz 4,
 - 3. eine mit einem Lichtbild versehene tabellarische Darstellung des Lebenslaufes,
 - 4. die Erklärung, dass der Prüfling bisher bei keinem anderen Prüfungsamt die Zulassung beantragt hat, oder die Angabe, wann und wo dies geschehen ist und“.
- c) Es wird folgende Nummer 5 angefügt:
 - „5. in den Fällen des § 13 Absatz 3 die Prüfbescheinigung nach § 34 Absatz 1 oder ein vergleichbarer Nachweis.“

5. § 18 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:
 - „(1) Zur mündlichen Prüfung wird zugelassen, wer
 - 1. in den Aufsichtsarbeiten eine durchschnittliche Punktzahl nach § 7 von mindestens 3,8 und in mindestens drei Aufsichtsarbeiten mindestens die Punktzahl 4,0 erreicht hat und
 - 2. die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung bestanden hat; dies weist der Prüfling binnen einer Frist von zwölf Monaten beginnend mit dem Tag der letzten schriftlichen Aufsichtsarbeit nach § 15 durch die Prüfungsbescheinigung nach § 34 Absatz 1 oder einem vergleichbaren Nachweis gegenüber dem Prüfungsamt nach; die Frist beträgt 18 Monate, wenn der Prüfling den Antrag auf Zulassung zur staatlichen Pflichtfachprüfung wenigstens sechs Monate vor dem nach § 26 maßgeblichen Termin gestellt hat.“
- b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
 - „(2) Erfüllt der Prüfling die Voraussetzungen nach Absatz 1 nicht oder nicht fristgemäß, so hat er die staatliche Pflichtfachprüfung nicht bestanden.“
- c) Es wird folgender Absatz 3 angefügt:
 - „(3) Die Frist nach Absatz 1 Nummer 2 wird auf Antrag um bis zu sechs Monate verlängert, wenn der Prüfling aus wichtigem Grund an dem fristgemäßen Nachweis

der bestandenen universitären Schwerpunktprüfung gehindert war. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn

1. der Prüfling nach den Maßstäben der jeweiligen Prüfungsordnung nach § 30 Absatz 3 an der Erbringung einer Prüfungsleistung aus wichtigem Grund gehindert war,
2. die jeweilige Hochschule in dem gewählten Schwerpunktbereich einen Prüfungsbestandteil seit Fristbeginn nicht in der Weise angeboten hat, dass die reguläre Abgabe oder Einreichungszeit mindestens zwölf Wochen vor Fristablauf lag,
3. die Bewertung einer schriftlichen Prüfungsleistung bei Fristablauf nicht vorliegt obwohl seit der Einreichung oder Abgabe der Prüfungsleistung zwölf Wochen vergangen sind oder
4. der Prüfling eine Prüfungsleistung abgelegt hat und hinsichtlich dieser nach der Prüfungsordnung der Hochschule zur Wiederholung berechtigt ist, sofern der Prüfling die übrigen Prüfungsleistungen mit Erfolg erbracht hat, es sei denn auch hinsichtlich dieser Prüfungsleistungen liegen die Gründe des ersten Halbsatzes oder der Nummern 1 bis 3 vor.

Über die Voraussetzungen des Satzes 2 erteilt die Hochschule auf Antrag des Prüflings eine Bescheinigung, die dem Antrag auf Verlängerung der Frist beizufügen ist. Über die Verlängerung der Frist entscheidet das Prüfungsamt. Die Frist kann mehrfach verlängert werden.“

6. § 26 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „neunten“ durch das Wort „achten“ und werden die Wörter „nach Ende des dreizehnten“ durch die Wörter „vor Ende des zwölften“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 2 wird hinter den Wörtern „wegen einer“ das Wort „amtsärztlich“ eingefügt.

bbb) Hinter Nummer 2 werden folgende neue Nummern 3 und 4 eingefügt:

„3. bis zu zwei Semester oder bis zu drei Trimester, wenn der Prüfling wegen einer Schwerbehinderung (§ 2 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch – SGB IX) im Studienfortschritt erheblich beeinträchtigt war; die Schwerbehinderung ist grundsätzlich durch einen Ausweis gemäß § 152 Absatz 5 SGB IX, Art und Umfang der körperlichen Behinderung sowie Dauer der dadurch verursachten Verzögerung im Studienfortschritt sind durch ein Zeugnis einer Amtsärztin oder eines Arztes nachzuweisen,

4. Zeiten des Mutterschutzes und der Elternzeit im Sinne des Mutterschutzgesetzes und Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, auch wenn Teilleistungen erbracht werden.“

ccc) Die bisherigen Nummern 3 bis 5 werden Nummern 5 bis 7 und erhalten folgende Fassung:

„5. bis zu zwei Semester oder bis zu drei Trimester, wenn der Prüfling ein Jahr oder länger als gewähltes Mitglied in gesetzlich vorgesehenen Gremien oder satzungsmäßigen Organen der Hochschule tätig war,

6. vier bis sechs Monate, wenn der Prüfling an einer internationalen fremdsprachigen Verfahrenssimulation im Rahmen des Studiums an einer deutschen Hochschule teilgenommen hat, sofern eine Hochschule im Geltungsbereich dieses Gesetzes bescheinigt oder bestätigt, dass die Verfahrenssimulation den deutlich überwiegenden Teil des Studienaufwandes des Prüflings während dieses Zeitraums dargestellt hat und weder die Verfahrenssimulation noch Teile hiervon in anderer Weise als nach § 13 Absatz 6 zur Erfüllung von Zulassungsvoraussetzungen der ersten juristischen Prüfung oder als Prüfungsbestandteile verwendet werden; die Entscheidung über die Anrechnungsfreiheit trifft das Prüfungsamt,

7. bis zu sechs Monate, wenn der Prüfling mindestens ein Jahr an einem Programm einer Hochschule im Geltungsbereich dieses Gesetzes zur vertieften praxisorientierten Aus- und Fortbildung für eine ehrenamtliche Rechtsberatung teilgenommen sowie in diesem Rahmen mindestens über ein Semester ehrenamtliche Rechtsberatung geleistet hat, sofern die Hochschule bescheinigt, dass die Teilnahme an diesem Programm einen erheblichen Teil des Studienaufwandes des Prüflings während dieses Zeitraums dargestellt hat und weder die Teilnahme an dem Programm noch Teile hiervon in anderer Weise als nach § 13 Absatz 6 Satz 1 zur Erfüllung von Zulassungsvoraussetzungen der ersten juristischen Staatsprüfung oder als Prüfungsbestandteile verwendet werden; die Entscheidung über die Anrechnungsfreiheit trifft das Prüfungsamt; Inhalt und Umfang von Programmen im Sinne des ersten Halbsatzes bedürfen der Genehmigung des Prüfungsamtes und werden der zuständigen Behörde bekannt gegeben und“.

ddd) Es wird folgende Nummer 8 angefügt:

„8. ein Semester oder eineinhalb Trimester, wenn der Prüfling die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung bereits bestanden hat.“

bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Mit Ausnahme der Zeiten nach Satz 1 Nummern 2, 3 und 4 sowie einer Fristverlängerung nach Satz 1 Nummer 8 können insgesamt nicht mehr als vier Semester oder sechs Trimester unberücksichtigt bleiben.“

7. § 27 Absatz 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:
„§ 13 Absatz 7 gilt entsprechend.“
8. § 30 wird wie folgt geändert:
- a) Hinter Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:
„(2) Falls die Hochschule von der Möglichkeit nach § 13 Absatz 3 keinen Gebrauch macht, stellt sie sicher, dass in jedem Semester beziehungsweise in jeden zwei aufeinanderfolgenden Trimestern in jedem angebotenen Schwerpunktbereich sämtliche erforderlichen Prüfungsleistungen erbracht werden können.“
- b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.
9. § 31 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „mindestens sechzehn“ durch das Wort „vierzehn“ ersetzt.
- b) Es wird folgender Absatz 3 angefügt:
„(3) In geeigneten Schwerpunktbereichen können Lehrveranstaltungen in englischer Sprache abgehalten werden.“
10. § 32 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- a) Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Es sind drei Prüfungsleistungen, davon höchstens eine mündliche Prüfungsleistung zu erbringen.“
- b) Es wird folgender Satz angefügt:
„In Fällen des § 31 Absatz 3 können Prüfungsleistungen auch in englischer Sprache abgenommen werden.“
11. § 33 Absatz 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:
„Bestimmt die Hochschule, dass die zu erbringenden Prüfungsleistungen nur eine Aufsichtsarbeit nach § 32 Absatz 1 Satz 1 umfassen, muss diese im Umfang einer staatlichen Aufsichtsarbeit nach § 15 Absatz 1 Satz 2 und im Gewicht für die Bildung der Gesamtnote mindestens dem einer staatlichen Aufsichtsarbeit nach § 22 Absatz 2 Satz 2 entsprechen.“

§ 2

Inkrafttreten

§ 1 Nummer 9 Buchstabe a und Nummer 10 Buchstabe a tritt am 1. Januar 2022 in Kraft. Im Übrigen tritt dieses Gesetz am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Ausgefertigt Hamburg, den 18. September 2019.

Der Senat